

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

31. Januar 2025

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zum Antrag der Fraktion der SPD „Stellenabbau bei Ford in Köln – Entlassungswellen in der Industrie entschlossen entgegenzutreten“ (LT.-Drucksache 18/11606 vom 26.11.2024)

Zusammenfassung

Angesichts der aktuellen strukturellen Wirtschaftskrise muss es darum gehen, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Noch sind die vollständigen industriellen Wertschöpfungsketten in NRW ein echtes Pfund für unser Land. Sie sind Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Damit dies so bleibt, bedarf es einer Reihe von strukturellen Maßnahmen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts muss von der Politik auf allen Ebenen in den Mittelpunkt gerückt und die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Industrie unverzüglich massiv verbessert werden. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts ist letztlich auch die beste Politik für die Sicherung von Betrieben und den (Industrie-)Arbeitsplätzen.

Strukturelle Krise – keine konjunkturelle Delle

Das zunehmende Ausmaß und Tempo des im Antrag angesprochenen Arbeitsplatzabbaus in der Industrie spiegelt die seit 2018 anhaltende strukturelle Krise wider. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 2018 produziert die deutsche Industrie etwa 16 Prozent weniger. Besonders betroffen ist das Industrieland Nordrhein-Westfalen: Die Produktion liegt etwa 20 Prozent unter dem Niveau von 2018.

Die Gründe für die wirtschaftliche Schwäche sind, wie im Jahresgutachten 2024/25 des Sachverständigenrates betont, deutschlandspezifische Faktoren: Die

im internationalen Vergleich hohen Energiepreise und Arbeitskosten senken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Zudem beeinträchtigen die ausufernde Bürokratie und die hohe Unsicherheit über die wirtschaftspolitische Entwicklung die Investitionen in den Standort Deutschland und wirken sich somit auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit negativ aus. Dies resultiert aus einer Politik, die zu oft auf Regulierungen und Belastungen gesetzt hat.

Trotz der wirtschaftlichen Schwäche zeigte sich der Arbeitsmarkt lange stabil, da die Industrie die gut ausgebildeten Arbeitskräfte so lange wie möglich zu halten versucht hat. Allerdings wäre es eine Illusion zu glauben, dass die aktuelle Krise dauerhaft am Arbeitsmarkt vorüber geht. Angesichts der düsteren Aussichten ist es Unternehmen zunehmend nicht mehr möglich, Arbeitskräfte zu halten. In Nordrhein-Westfalen lag die Zahl der Beschäftigten in der Industrie im Oktober 2024 um rund 21.000 unter dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung muss große Sorgen machen.

Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts in den Mittelpunkt rücken

Für die Stabilisierung der Industrie und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen ist es essenziell, die Standortbedingungen grundlegend zu verbessern. Dazu gehören insbesondere

- international wettbewerbsfähige Energiepreise und eine verlässliche Energieversorgung,
- Bürokratieabbau,
- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- Senkung der Steuer- und Abgabenlast,
- Modernisierung der Infrastruktur.

Grundsätzlich braucht es ein stabiles wirtschaftspolitisches Umfeld, das für die Industrie langfristige Investitions- und Planungssicherheit schafft. Mangelnde Verlässlichkeit der Politik ist nicht ausschließlich Gift für Investitionsentscheidungen der Betriebe, ebenso für Entscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Für viele dieser Punkte müssen die Weichen auf Bundesebene gestellt werden. Daher sind die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an die kommende Bundesregierung sehr groß. Es braucht nichts weniger als einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Industriestandorts in den Mittelpunkt rückt und echte Strukturreformen auf den Weg bringt.

Auch auf Landesebene können und müssen Maßnahmen zur Stärkung der Industrie auf den Weg gebracht werden. Hierzu gehört insbesondere, dass das Indust-

riepolitische Leitbild der Landesregierung umgehend nach Beschluss und Veröffentlichung in ein konkretes und ambitioniertes Maßnahmenpaket überführt und verbindlich umgesetzt wird. Ebenso ist es vordringlich, die laufenden Überarbeitungen des Landesentwicklungsplans dafür zu nutzen, dass die digitale und nachhaltige Transformation auch planerisch endlich in Rekordgeschwindigkeit gelingen kann. Hierfür müssen insbesondere bestehende Konflikte zwischen abstrakten Flächenverbrauchszielen einerseits und dem Ausbau der Erneuerbaren sowie der Realisierung von Innovationen durch Investitionen am Standort andererseits aufgelöst werden. Weitere konkrete Vorschläge für zielgerichtete industriepolitische Maßnahmen hat unternehmer nrw mit der „Düsseldorfer Erklärung“ zur Stärkung des Industriestandorts NRW vom 7. März 2024 in die wirtschafts- und industriepolitische Debatte eingebracht. Eine Umsetzung dieser Vorschläge ist auf Grund der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage weiter dringend geboten.

Im Einzelnen

Automobilindustrie und ihre Zulieferer brauchen gute und verlässliche Standortbedingungen: Die Automobilindustrie ist grundsätzlich gut aufgestellt. Sie investiert massiv in ihre Zukunftsfähigkeit. Allerdings leidet sie auch unter den schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland. Auf Grund von mangelnder Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und ausufernder Planungs- und Genehmigungsverfahren fallen aktuell Investitionsentscheidungen, so wie in zahlreichen anderen Branchen auch, oft für ausländische Standorte und damit gegen deutsche und nordrhein-westfälische Standorte aus. Je schneller Politik mit mutigen und verlässlichen Entscheidungen und einer konsequenten Umsetzung die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland wieder stärkt, umso schneller kann es gelingen, die Abwanderung von Investitionen erst zu stoppen und anschließend sogar umzukehren. Auch die Automobilindustrie braucht dafür die o.g. Schritte, insbesondere eine Senkung der Energiepreise, Entlastungen bei Steuern und Abgaben sowie Bürokratieabbau.

Mitbestimmung und Arbeitsschutz sind umfassend geregelt: Der rechtliche Regelungsrahmen für die Fragen der Mitbestimmung und des Arbeitsschutzes ist umfassend, insbesondere durch Bundesgesetze, ausgestaltet. Die betriebliche Praxis zeigt, dass diese Regelungen tatsächlich gelebt und umgesetzt werden. Schutzlücken bestehen nicht: Die Arbeitsvertrags- und Betriebsparteien, zuvorderst die Betriebsräte, haben eigene Rechtspositionen zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Klar und umfassend geregelt sind auch die Kompetenzen der Bezirksregierungen, soweit sie beispielsweise im Arbeitsschutz als Ordnungsbehörden Aufgaben der Exekutive wahrnehmen. In Streitfällen obliegt die Entscheidung der Justiz mit ihren jeweiligen Fachgerichten. Es ist keinesfalls die rechtsstaatliche Aufgabe der Legislative, diesen anderen staatlichen Gewalten einzelfallbezogene Handlungsvorgaben zu machen.

Stärke bei Batterieforschung und Batteriefertigung ausbauen: Mit dem Hochlauf der Elektromobilität steigt auch der Bedarf an Batterien. Gleichzeitig sorgen Fortschritte bei der Batterietechnik auch für Akzeptanz und Erfolg der Elektromobilität.

Dafür ist es wichtig, in die Forschung und Entwicklung und insbesondere auch den Transfer sowie Produktionskapazitäten in diesem Feld zu investieren. Wir begrüßen, dass Nordrhein-Westfalen hier wichtige Schritte gegangen ist, insbesondere mit der „Forschungsfertigung Batteriezelle“ in Münster sowie dem „Zentrum für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle“ in Ibbenbüren. Wichtig ist hier ein stetiges Engagement sowie eine gute Vernetzung in der Wissenschaftslandschaft und mit der Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen kann und muss seine Innovationskraft nutzen, um in diesem Feld vorne mitzuspielen und insbesondere auch die entsprechende Wertschöpfung und die damit verbundenen attraktiven Arbeitsplätze dauerhaft im Land zu halten.

E-Mobilität braucht verlässliche Infrastruktur: E-Mobilität ist nur dann eine attraktive Alternative zu herkömmlichen Antriebsvarianten, wenn die entsprechende Infrastruktur dafür vorhanden ist. Der Aufbau einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur ist deshalb die zentrale Aufgabe, wenn es um Elektromobilität geht. Hier braucht es deutlich mehr Tempo und Verlässlichkeit. Ein besonderer Fokus sollte auf der Förderung von privater Ladeinfrastruktur, innerstädtischen Lademöglichkeiten sowie Lösungen für Nutzfahrzeuge (Aufbau einer LKW-Ladeinfrastruktur entlang der wichtigsten Verkehrsachsen) liegen. Beim Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität sind auch die Verfügbarkeit von Flächen für Ladeinfrastruktur sowie rasche Genehmigungsverfahren entscheidend.